



Florian Toncar MdB

Newsletter September/Oktober 2006

Inhalt

Deutscher Bundestag aktuell: S. 1

Florian Toncar – Arbeit in Berlin: S. 3

Florian Toncar – Arbeit im Wahlkreis: S. 6

Berliner Büro
Florian Toncar MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227-74226
Fax: (030) 227-76226
E-Mail: florian.toncar@bundestag.de

Internetauftritt: www.toncar.de

Wahlkreisbüro
Florian Toncar MdB
Offenburger Str. 62
71034 Böblingen
Tel.: (07031) 777101
Fax: (07031) 777102
E-Mail: florian.toncar@wk.bundestag.de



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

seit dem Ende der parlamentarischen Sommerpause steht eine Vielzahl wichtiger Themen auf der politischen Agenda.

Die Große Koalition steht nach einem knappen Jahr in der Regierungsverantwortung politisch auf wackligen Füßen und ist uneins über die Marschrichtung in Politikbereichen von großer Bedeutung und Tragweite. Die Bundesregierung ist nicht in der Lage, politische Entscheidungen von mittel- bis langfristigem Bestand zu treffen.

Dies hat sich nicht zuletzt bei den exzessiven Streitigkeiten rund um die Gesundheitsreform gezeigt, an deren Ende ein Minimalkonsens steht, der den tief greifenden finanziellen und strukturellen Problemen im Gesundheitssystem nicht Rechnung trägt.

In meinem Newsletter möchte ich Sie über dieses und weitere aktuelle Themen in Berlin, meine Arbeit als menschenrechtspolitischer Sprecher sowie meine Themenschwerpunkte im Wahlkreis informieren.

Wenn Sie darüber hinaus Fragen zu aktuellen Themen oder zu meiner Arbeit haben, kommen Sie gerne direkt auf mich zu.

Ihr

Florian Tamm



Nach der parlamentarischen Sommerpause wurde neben der Einbringung des Bundeshaushalts 2007 der Beteiligung deutscher Streitkräfte an der UN-Mission im Libanon (UNIFIL) zugestimmt.

Libanon-Einsatz – Gefahr für Deutschlands Neutralität

Die Entscheidung über diesen Bundeswehreinsatz war für mich mit besonders intensiven Überlegungen und Abwägungen verbunden und fiel ausgesprochen schwer. Die Wahrung des bei allen Beteiligten im Nahen Osten vorhandenen Vertrauens als fairer Vermittler ist in Deutschland politisch von höchstem Interesse. Dieses Vertrauen kann im Rahmen möglicher kämpferischer Auseinandersetzungen schnell und dauerhaft verloren gehen.

Ebenfalls nicht ausgeräumt ist der Einwand, dass der Auftrag der deutschen Marine nicht vollständig ausschließen kann, dass deutsche Soldaten in bestimmten Situationen - und sei es nur versehentlich - auf israelische Streitkräfte schießen. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist dies unvorstellbar.

Das Signal, das die Bundesregierung durch die deutsche Beteiligung setzen möchte, ist gewiss gut gemeint und die Motive der Befürworter des Einsatzes sind zu respektieren. Es ist aber meines Erachtens falsch, davon auszugehen, dass Deutschland nur dann seiner Verantwortung für Frieden im Nahen Osten gerecht wird, wenn es sich dort auch militärisch einbringt. Deutschland kann politisch in diesen

Prozess wahrscheinlich sogar mehr einbringen, wenn es darauf verzichtet, sich militärisch zu engagieren und sich damit das noch vorhandene, dringend benötigte Vertrauen auf israelischer wie auch auf arabischer Seite erhält.

Einbringung Bundeshaushalt 2007 – Kein stimmiges Finanzkonzept erkennbar

Der Entwurf des Bundeshaushalts 2007 lässt seitens der Bundesregierung weder ein in sich stimmiges Finanzkonzept erkennen noch wird der Schuldenabbau trotz deutlich höherer Einnahmen vorangetrieben.

In der mittelfristigen Finanzplanung von 2007 bis 2010 wird von Steuererhöhungen in Höhe von 16,6 Milliarden Euro ausgegangen. Im selben Zeitraum sieht die mittelfristige Finanzplanung einen Abbau der Neuverschuldung um lediglich 1,6 Milliarden Euro vor. Das Verhältnis ist also wie folgt: In den nächsten Jahren werden zehnmal mehr Steuern eingenommen, als für die Rückführung der Neuverschuldung eingesetzt werden soll. Von einem echten und notwendigen Schuldenabbau kann nicht die Rede sein. Wer Schulden macht, verbraucht die Zukunft.

Die jetzige Chance auf einen Aufschwung läuft Gefahr, durch die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Republik zunichte gemacht zu werden.

Die Bundesregierung geht derzeit von etwa 19,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen durch die Mehrwertsteuererhöhung aus. In diesem Jahr betragen allein die außerplanmäßigen Mehreinnahmen aufgrund der guten Konjunktur mehr als 20 Milliarden Euro. Schon dies zeigt, dass sich mit einem soliden Wirtschaftswachstum auch für die Staatsfinanzen mehr erreichen lässt als mit wachstumsschädlichen Steuererhöhungen. Vollends unvertretbar wird die Mehrwertsteuererhöhung vor dem kaum bekannten Hintergrund, dass der Großteil der durch sie erhofften Mehreinnahmen in ein so genanntes Konjunkturprogramm, das über 6 Mrd. Euro zusätzliche Ausgaben jährlich beinhaltet, fließen wird. Mit Haushaltssanierung hat diese Steuererhöhung folglich nichts zu tun.

Das Problem liegt gegenwärtig nicht an zu geringen Einnahmen, sondern an zu hohen staatlichen Ausgaben. Die FDP wird im weiteren Verlauf der Haushaltsberatungen zahlreiche Einsparvorschläge in den Deutschen Bundestag einbringen.

Herbstklausur der FDP-Bundestagsfraktion

Anfang September trafen sich die Mitglieder der FDP-Bundestagsfraktion zur traditionellen Herbstklausur in Wiesbaden. Wichtige Themen waren die bevorstehende Abstimmung über eine Beteiligung deutscher Streitkräfte im Libanon und die Einbringung des Bundeshaushaltes 2007.

Darüber hinaus wurde die strategische Ausrichtung der FDP als größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag auf der Basis von Umfragewerten, etwa zur Bewertung der Arbeit der FDP im Deutschen Bundestag und den Erwartungen der FDP-Wählerschaft an die FDP, anhand eines Vortrags von Reinhard Schlinkert, Geschäftsführender Gesellschafter dimap GmbH, diskutiert.

Folgende Aspekte sind für unsere Arbeit besonders interessant gewesen: Seit Wochen liegt die FDP bei allen relevanten Umfrage-Instituten stabil im zweistelligen Bereich und kann sich somit von den GRÜNEN und der Linkspartei klar absetzen.

Zwei Drittel der FDP-Wähler geben an, mit der Arbeit der Bundestagsfraktion zufrieden zu sein. In der Bevölkerung wird die FDP bei 55% als Partei wahrgenommen, die eine solide Finanzpolitik macht, für eine freiheitliche Gesellschaft steht und sich für gute Bildung der jungen Generation einsetzt. Diese Umfragewerte sollten uns motivieren, aber nicht vernebeln, dass wir hart daran arbeiten müssen, dass sie auch so gut bleiben.

Gesundheitskompromiss – Bundesregierung verpasst Chance, nachhaltige Reform auf den Weg zu bringen

Der jüngst bekannt gewordene „Gesundheitskonsens“ zwischen CDU/CSU und SPD macht deutlich, dass die Bundesregierung mit ihrem Vorhaben gescheitert ist, die intern unterschiedlichen Positionen zu einem überzeugenden und langfristig tragfähigen Finanzkonzept der Krankenversicherung zusammen zu fügen.

Stattdessen wird der Weg in ein zentralistisches System angetreten. Die Kombination von staatlicher Beitragsfestsetzung mit einer nicht funktionsfähigen Miniprämie, Gesundheitsfonds, Krankenkassendachverband, zentralisierten,

durch diesen Dachverband zu regelnden Vergütungsvereinbarungen, hauptamtlichem, ministeriums-dominiertem gemeinsamen Bundesausschuss sowie die Sozialisierung der PKV führt in die Staatsmedizin. Wahlfreiheit und Wettbewerb, Therapiefreiheit und Freiberuflichkeit bleiben dabei unweigerlich auf der Strecke. Stattdessen führt der Weg in Bevormundung, Rationierung und Zuteilung.

Weder wird die Anbindung der Beiträge an die Löhne und Gehälter aufgehoben, die für den Arbeitsmarkt fatal ist, noch wird in irgendeiner Weise Vorsorge für die demografische Entwicklung betrieben. Es findet nicht mehr, sondern weniger Wettbewerb statt. Und die private Krankenversicherung als zukunftsfestes Modell wird nicht für alle Versicherten geöffnet, sondern der Zugang zu ihr deutlich erschwert.



Der Gesundheitskompromiss der Bundesregierung ist nicht tragfähig.

Wenn jetzt nichts geschieht, werden die nachwachsenden Generationen die Rechnung in Form von explodierenden Beiträge zu zahlen haben, aber auch die ältere Generation wird dann mit unvermeidlichen Rationierungen konfrontiert sein..

Die FDP wird im Gesetzgebungsverfahren die Bundesregierung drängen, ein schlüssiges Gesamtkonzept vorzulegen, mit der Zielsetzung, die Finanzierbarkeit eines qualitativ hochwertigen Gesundheitssystems im Hinblick auf demografische Entwicklung und medizinischen Fortschritt zu sichern ohne den Arbeitsmarkt zu belasten.

Einer Gesundheitsreform, die diese notwendigen Maßnahmen unberücksichtigt lässt, werde ich im Deutschen Bundestag keinesfalls zustimmen.

Florian Toncar – Arbeit in Berlin

Parlamentarische Initiative zur Ächtung von Streumunition und Landminen

In meiner Funktion als menschenrechtspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion habe ich aktuell einen Antrag zur Ächtung jeglicher Landminen und Streumunition in den Deutschen Bundestag eingebracht.



Florian Toncar mit Mitgliedern der Minenräumungseinheit "Demining Unit 6" in der Nähe von Siem Reap in Kambodscha

Hintergrund ist, dass vor allem nicht explodierte Streumunition, so genannte Blindgänger, auch nach Ende eines Konflikts eine große Gefahr für die Zivilbevölkerung darstellen.

Schätzungen zufolge werden jährlich 15.000 – 20.000 Menschen Opfer von Landminen und rund 200.000 Quadratkilometer an landwirtschaftlicher Fläche, Verkehrswegen und Wohngebieten werden durch Blindgänger und Minen verseucht. Äcker bleiben unbestellt, und die Menschen sind auf die humanitäre Hilfe von außen angewiesen. Das schürt neue Spannungen und Konflikte und verhindert oft eine langfristige Aufbaustrategie für frühere Kriegsgebiete. Daher hat die FDP unter meiner Federführung einen umfassenden Antrag zur Ächtung von Streumunition und Landminen vorgelegt. Wie die Verhandlungen über die Ottawa-Konvention zum Verbot von Anti-Personenminen untrennbar mit dem Namen Klaus Kinkel verbunden sind, so hat die FDP wieder ein klares Konzept vorgelegt, um der Gefahr durch diese verbleibenden Waffen zu begegnen.

Wir Liberalen senden hiermit ein starkes Signal für die Schaffung einer internationalen Konvention zur umfassenden Ächtung von Streumunition und Landminen. Deutschland muss in die-

ser Frage eine führende Rolle einnehmen. Wenn Deutschland auf internationaler Ebene glaubwürdig und erfolgreich für die Abschaffung von Streumunition und Landminen eintreten will, muss es selbst mit gutem Beispiel voran gehen und auf diese heimtückischen Waffen verzichten. Man kann nicht von anderen Staaten die Abschaffung von Waffen verlangen, auf die man selbst nicht zu verzichten bereit ist.

Allerdings steht für die FDP der Schutz der Bundeswehr – gerade bei Auslandseinsätzen – an erster Stelle. Der Verzicht auf Landminen und Streumunition kann jedoch kompensiert werden. Die FDP sieht allerdings auch, dass mit dem Verzicht auf Streumunition einhergehend vermehrt in den Schutz unserer im Einsatz befindlichen Soldaten investiert werden muss.

Menschenrechte und Globalisierung im Spannungsfeld – Anfrage an die Bundesregierung

Die von der Liberalisierung der Weltwirtschaft getragene Globalisierung bietet eine Fülle von Chancen und Möglichkeiten für alle Beteiligten. Freier Handel hat den Wohlstand der Menschen weltweit gemehrt. Die Staaten, die konsequent Handelshemmnisse abgebaut, ihre Märkte geöffnet und ihre Volkswirtschaften liberalisiert haben, sind auch diejenigen, in denen der Wohlstand am schnellsten wächst. Dabei belegen zahlreiche Studien, dass viele der größten Gewinner der Globalisierung insbesondere unter den Entwicklungs- und Schwellenländern zu finden sind.

Die Globalisierung bietet für Unternehmen Möglichkeiten, ihre Wirtschaftskraft frei zu entwickeln. Sie schafft nicht nur Arbeitsplätze und somit Einkommen und einen höheren Lebensstandard. Sie bietet Konsumenten auch Produkte und Dienstleistungen von immer höherer Qualität zu sinkenden Preisen und mehr somit die Lebensqualität aller. Insgesamt ist die Globalisierung das größte Armutsbekämpfungsprogramm der Welt. Noch niemals zuvor hat die Welt einen solchen Rückgang der Armut erlebt wie in den letzten 20 Jahren. Diese positive Entwicklung ist eine direkte Folge der Globalisierung.

Die Globalisierung wird in entscheidendem Maße von international agierenden Unternehmen getragen, die ihre Geschäftstätigkeit in vielen Staaten unterhalten, um die Vorteile verschiedener Standorte für die Entwicklung ihrer Wirtschaftskraft zu nutzen. Daher wächst der Einfluss, den international tätige Unternehmen

auf die Lebensumstände der Menschen in den Ländern ausüben, in denen sie operieren.

Aus liberaler Sicht ist dabei unerlässlich, dass die Globalisierung sich im Einklang mit den Werten der individuellen Freiheit und der Achtung der Menschenrechte vollzieht. Es ist zu begrüßen, dass die meisten transnationalen Unternehmen entsprechend handeln und verantwortungsvoll mit dem Einfluss umgehen, der ihnen durch ihre Rolle erwächst. Dennoch gab es in den letzten Jahren auch Berichte über mögliche Beteiligungen von international operierenden Unternehmen an Menschenrechtsverletzungen. Ein aktuelles Beispiel ist die Unterstützung, die westliche Unternehmen der IT-Branche Staatssicherheitsbehörden bei der Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Internet und anderen elektronischen Kommunikationsmedien in der Volksrepublik China und anderen autoritär geführten Staaten geleistet haben.

Auf internationaler Ebene sind auf der Basis der Freiwilligkeit mehrere Initiativen ergriffen worden, die sich diesem Spannungsfeld zwischen Wirtschaftstätigkeit und Schutz der Menschenrechte widmen. Beispiele hierfür sind vor allem der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, initiierte „Global Compact“ oder die „Leitsätze für multinationale Unternehmen“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Auch die Wirtschaft hat bereits zahlreiche freiwillige Initiativen zum Schutz der Menschenrechte entwickelt, etwa im Rahmen ihres gesellschaftspolitischen Engagements. Diese Initiativen stellen einen sinnvollen Beitrag zur Verwirklichung der Menschenrechte dar und sind ausdrücklich zu begrüßen.

Die Frage, inwiefern die Einbeziehung von Unternehmen in die Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte möglich ist, wurde in den letzten Jahren intensiv sowohl im Rahmen der EU als auch der Vereinten Nationen insbesondere hinsichtlich der „Normen für die Verantwortlichkeit transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte“ diskutiert. Dieser Normenkatalog leidet an einer Vielzahl von Defiziten und kann daher keine Grundlage für etwaige international verbindliche Normen für transnationale Unternehmen sein. Dennoch dauert die politische Debatte hinsichtlich der etwaigen Schaffung international verbindlicher Standards und Normen für Unternehmen bei der Achtung der Menschenrechte an.

Unter meiner Federführung hat die FDP-Bundestagsfraktion eine „Kleine Anfrage“ an die Bundesregierung gestellt, um deren Haltung hierzu zu erfragen und politischen Handlungsbedarf zu prüfen.

Menschenrechtslage in China bleibt angespannt

Obwohl die wirtschaftliche Öffnung der Volksrepublik China schnell voran schreitet, bleibt die politische Liberalisierung weit dahinter zurück. Insbesondere bei der Achtung der Menschenrechte in China sind unverändert große Defizite und sogar Rückschritte festzustellen. Beispielsweise werden Medien politischer Kontrolle unterworfen und die Meinungsfreiheit im Internet unterdrückt. Unerträglich aus menschenrechtspolitischer Sicht ist zudem die Existenz von Arbeits- und Umerziehungslagern, in denen auch Produkte hergestellt werden, die in die Europäische Union exportiert werden. Zwar hat Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten in Deutschland Menschenrechtsthemen angesprochen, doch sind auf Seiten Chinas keine Konsequenzen bzw. Fortschritte bei der Umsetzung der Menschenrechte erkennbar. Die Bundesregierung räumte in ihrer Antwort auf die von mir initiierte Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion zur Menschenrechtslage in China ein, dass z.B. Dissidenten, Journalisten und Schriftsteller, die sich in China nach Auffassung der chinesischen Staatsführung „staatskritisch“ äußern, nach wie vor Gefahr laufen, zu unverhältnismäßigen Haftstrafen verurteilt zu werden. Zudem werde die Todesstrafe in China exzessiv verhängt und vollstreckt.

Ich werde darauf drängen, dass die Anmahnung der Menschenrechte im deutsch-chinesischen Dialog nicht in watteweichen Worten der Diplomatie untergeht, sondern klar und deutlich formuliert wird.

Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin – Meinungs- und Pressefreiheit bleibt Problem

Nach dem jüngsten Mord an der durch regierungskritische Berichterstattungen bekannt gewordenen russischen Journalistin Anna Politkowskaja, muss Russland sich einmal mehr Fragen nach der seiner Menschenrechtslage gefallen lassen. Auch wenn Wladimir Putin eine „objektive Untersuchung“ des Mordfalls versprach, war es auffällig, dass er sich zu keinem Wort des Bedauerns durchringen konnte und stattdessen versuchte, die politische Bedeutung von Frau Politkowskaja herunterzuspielen, die eine der letzten kritischen Stimmen zum gewaltsamen russischen Vorgehen in Tschetschenien war. Es ist nicht das erste Mal, dass die russische Regierung im Verdacht steht, an der Entwicklung demokratischer Strukturen, wozu neben freien Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und die Gewährleistung von Bürger- und Frei-

heitsrechten gehört, wenig Interesse zu haben. Immer wieder kommt es zu willkürlichen Verhaftungen von Menschenrechtsaktivisten und zur Behinderung bzw. Schließung von Vereinigungen, die die Umsetzung rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen fordern und Missstände in der Umsetzung anprangern. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Zwangsschließung der „Gesellschaft für Russisch-Tschetschenische Freundschaft“, die ebenso wie Anna Politkowskaja über Verbrechen der russischen und moskautreuen tschetschenischen Einheiten gegen die Zivilbevölkerung in Tschetschenien berichtete.

Menschenrechtsbericht der Bundesregierung – Rede im Deutschen Bundestag

Am 19. Oktober habe ich im Rahmen der großen Menschenrechtsdebatte zum 7. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung eine Rede im Deutschen Bundestag gehalten. Der ungefähr alle zwei Jahre erscheinende Menschenrechtsbericht erfüllt einerseits die Funktion der Information über die Situation und Entwicklung von Menschenrechten weltweit und muss andererseits auch – und das ist mir besonders wichtig – noch klarer als bisher offen legen, was die Bundesregierung im Bereich der Menschenrechtspolitik tut. Dabei geht es nicht nur darum, mit dem Finger auf andere Länder zu zeigen, sondern uns in Deutschland ebenfalls kontinuierlich auf die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte hin zu überprüfen. Natürlich sind wir diesbezüglich auf einem sehr hohen Niveau, aber es gab vor nicht allzu langer Zeit auch eine öffentliche Diskussion darüber, ob Folter in Deutschland unter bestimmten Umständen zulässig ist. Dies ist nicht akzeptabel und würde die Glaubwürdigkeit Deutschlands bei der Anmahnung der Einhaltung von Menschenrechten in Frage stellen. Der Vorwurf der Doppelmoral ließe sich vor diesem Hintergrund nur schwer entkräften. Wir haben in Deutschland einen Ruf zu verlieren.

Daher halte ich es auch für ausgesprochen bedenklich, dass der Kontakt von deutschen Soldaten bei der Bewachung eines Gefängnisses in Kandahar mit Murat Kurnaz dem Verteidigungsausschuss fünf Jahre lang nicht bekannt geworden ist.

Das Verteidigungsministerium ist nun einem Verdacht ausgesetzt – ob zurecht oder zu unrecht wird sich noch zeigen. Ein Schaden bleibt allemal.

Ein weiterer Themenschwerpunkt meiner Rede lag auf dem UN-Menschenrechtsrat. Dieses neu geschaffene Gremium hat kürzlich zum ersten Mal getagt. Dabei wurde klar, dass sich die Hoffnungen für einen deutlich verbesserten Menschenrechtsschutz zunächst nicht erfüllt haben. Offenbar haben sich zahlreiche Staaten, welche die Menschenrechte im eigenen Land verletzen, in ihrem diplomatischen Vorgehen abgesprochen, um eine effektive Menschenrechtsarbeit des Gremiums zu verhindern. Es ist zu befürchten, dass die westlichen Staaten mit ihren hohen menschenrechtlichen Standards von diplomatisch geschickt agierenden Ländern wie beispielsweise China, Ägypten, Kuba und Pakistan ausgebremst werden. Falls dieser Trend bei den kommenden Treffen des Menschenrechtsrats anhalten sollte, könnte dieser bald so diskreditiert werden wie seine Vorgängerin, die UN-Menschenrechtskommission. Dies muss Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern verhindern.



© Deutscher Bundestag · Fotograf: Lichtblick/Achim Mende

Florian Toncar – Arbeit im Wahlkreis

Stuttgart 21: Leistungsstärkste Region darf nicht abgekoppelt werden

Nach den aktuellen Gesprächen zur Beteiligung des Bundes an der Finanzierung des Großprojektes „Stuttgart 21“ ist unklar, ob am vorgesehenen Zeitplan festgehalten werden kann und in welchem finanziellen Umfang das Land am Ende beteiligt sein wird.

Die Verwirklichung von „Stuttgart 21“ und die Neubaustrecke Wendlingen – Ulm wären ein enorm wichtiges verkehrspolitisches Signal für Stuttgart, seine Region und das Land Baden-Württemberg. Ich begrüße, dass Bundesverkehrsminister Tiefensee auch eine Verantwortung des Bundes für das Verkehrsprojekt prinzipiell zugestanden hat und davon spricht, es gehe nicht mehr um das Ob, sondern das Wie des Projekts.

Natürlich will ein solches Großprojekt solide finanziert sein und natürlich muss darauf geachtet werden, dass die Ausgaben möglichst niedrig bleiben. Dass jetzt noch kein Durchbruch erzielt werden konnte, bedeutet für alle Verantwortungsträger, dass sie sich weiterhin nachdrücklich für das Projekt einsetzen müssen.

Denn allen Beteiligten muss klar sein, dass ein Scheitern von Stuttgart 21 für das Land langfristig einen schweren wirtschaftlichen Schaden darstellen würde. Insbesondere eine etwaige Verweigerung des Bundes spräche Bände im Hinblick auf die Wertschätzung eines Bundeslandes, in dem ein weit überproportionaler Anteil des deutschen Steuer- und Beitragsaufkommens erwirtschaftet wird. Wenn der Bund die leistungsstärkste Wirtschaftsregion Deutschlands vom Verkehr und Wohlstand abkoppeln sollte, würde er sich selbst massiv schaden. An dieser Stelle wird sich auch zeigen, ob Ministerpräsident Oettinger über die Regierungsbeteiligung der CDU im Bund etwas für unser Land bewegen kann.

Vernünftiger Kompromiss beim Lärmschutz an der A 81 erzielt

Das Spitzengespräch zum Lärmschutz an der A 81 im Innenministerium Baden-Württemberg, an dem neben mir und unserer FDP-Landtagsabgeordneten Heiderose Berroth die anderen Bundes- und Landtagsabgeordneten des Kreises, Staatssekretär Rudolf Köberle, Regierungspräsident Dr. Andriof, Oberbürger

meister Dr. Vöhringer und Oberbürgermeister Vogelgsang, Vertreter der Bürgerinitiative

„Leise A 81“ und die zuständige Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium Karin Roth teilgenommen haben, hat gezeigt, dass etwas erreicht werden kann, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen. Die künftig sechsspurige A 81 wird deutlich tiefer liegend gebaut als ursprünglich geplant. Die Böschungen werden steiler angelegt und die Lärmschutzwände wesentlich höher angesetzt, als ursprünglich vom Regierungspräsidium vorgesehen. Dadurch können die Grenzwerte an einer Vielzahl zusätzlicher Gebäude eingehalten werden. Gemessen an den finanziellen Möglichkeiten wurde ein guter Fortschritt für die vom Lärm der A 81 betroffenen Bürgerinnen und Bürger erzielt. Dass der Bund 9 Millionen Euro mehr als ursprünglich geplant für Lärmschutzmaßnahmen zur Verfügung stellt, zeigt, dass durch politischen Druck auf allen Ebenen sowie durch das starke Engagement der Bürgerinitiative „Leise A81“ Bewegung in die Pläne des Regierungspräsidiums gekommen ist. Die über Monate hin ablehnende Haltung aus dem Bundesverkehrsministerium, sich vor dem Abschluss der Planungen durch das Regierungspräsidium zum Lärmschutz zu positionieren, konnte nicht durchgehalten werden. Auch wenn die Überdeckung die Optimallösung gewesen wäre, hat sich der Einsatz im Interesse der Anwohner der Autobahn gelohnt.

Wahlkreisneuzuschnitt weiterhin offen

Die Diskussion um einen Neuzuschnitt des Wahlkreises Böblingen ist noch nicht beendet und das Ergebnis weiterhin offen. Seitens der Wahlkreiskommission bestehen ernst zu nehmende Bestrebungen, Weil im Schönbuch und Schönaich dem Wahlkreis Nürtingen anzugliedern. Hintergrund ist, dass der Wahlkreis Böblingen gemessen an der Einwohnerzahl einer der größten Wahlkreise in Deutschland ist und weiter wächst.

Böblingen wäre nicht der erste Wahlkreis in Deutschland, der aufgrund seiner mittel- bis langfristig wachsenden Bevölkerungszahlen neu gegliedert wird. Die Vorschläge der Wahlkreiskommission werden im November 2006 dem Bundesministerium des Inneren zugeleitet. Bis dahin werde ich in Gesprächen darauf hinwirken, dass diese Vorschläge den Wahlkreis Böblingen unverändert lassen.

Die endgültige Entscheidung über die Neugliederung des Wahlkreises Böblingen wird letztlich im Deutschen Bundestag gefällt.

Ich bin gegen die Neugliederung des Wahlkreises Böblingen und werde dies auch im Zuge der Beratungen im Deutschen Bundestag deutlich machen. Die FDP-Mitglieder des federführenden Innenausschusses habe ich bereits auf die Problematik aufmerksam gemacht.

Gäubahn – nach Stuttgart 21 mehr Priorität einräumen



Florian Toncar und weitere Abgeordnete mit Hartmut Mehdorn

Am 28. September 2006 habe ich mich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen zu einem Gespräch mit dem DB-Vorstandsvorsitzenden Hartmut Mehdorn in der DB-Zentrale in Berlin getroffen. Ziel des Gespräches war, auszuloten, in welchem Zeitrahmen auf der Bahnstrecke Stuttgart-Zürich abschnittsweise ein zweigleisiger Ausbau realisiert werden kann.

Meiner Meinung nach würde auch der Kreis Böblingen vom Ausbau und der verbesserten Verbindung zwischen Stuttgart und Zürich profitieren. Außerdem könnten Passagiere aus dem Kreis Böblingen dann auch ohne umsteigen zu müssen den Flughafen mit S-Bahn und Regionalexpress erreichen.

Für die Gäubahn-anlieger und den Wirtschaftsraum Stuttgart war das Gespräch bei Herrn Mehdorn durchaus erfolgreich. Im Ausbau der Gäubahnstrecke liegt auch die Chance für einen ICE-Haltepunkt in Böblingen. Ein solcher Halt würde die Wirtschaftlichkeit der Streckenmodernisierung steigern, denn immerhin befinden sich in Böblingen und Sindelfingen Arbeitsplätze für viele tausend Pendler, die derzeit oft mit dem Auto anreisen müssen.

Nun gilt es, dem Gäubahnausbau - der bereits im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist - mehr Priorität einzuräumen und den zeitlichen Rahmen für die Bereitstellung der finanziellen Mittel abzustecken. Auch deshalb ist es für den Kreis Böblingen besonders wichtig, dass Stuttgart 21 zügig umgesetzt wird, denn erst danach ist an einen Ausbau der Gäubahn zu denken.

Bundesagentur für Arbeit beschneidet Arbeit der Künstlerdienste – Schließung des Künstlerdienstes Stuttgart nicht ausgeschlossen

Nach der Kritik des Bundesrechnungshofes an Aufgaben und Organisationsstrukturen der Künstlerdienste plant die Bundesagentur für Arbeit (BA), die Künstlerdienste künftig personell und in ihren Aufgaben zu beschneiden.

Neben Standortschließungen sollen spürbare Einschnitte im Bereich der Vermittlungsleistungen und beim Personal der Künstlerdienste umgesetzt werden. Nicht ausschließen wollte die Bundesregierung auf meine Nachfrage hin, dass der Künstlerdienst Stuttgart geschlossen wird. Ein weiterer Grund für die Schließung von Künstlerdiensten sind Überlegungen, die Zentralstelle der Arbeitsvermittlung weiterentwickeln zu wollen.

Der Künstlerdienst Stuttgart leistet eine wichtige Arbeit für die Kulturszene und die Künstlerinnen und Künstler in unserer Region. Eine Zentralisierung der Arbeitsvermittlung für Künstlerinnen und Künstler, wie es die Bundesagentur für Arbeit offensichtlich plant, halte ich für falsch. Dezentrale Strukturen sind dem Ansatz der BA, alles zentral steuern und regulieren zu wollen, nach allem was wir bisher erlebt haben, weit überlegen. Denn die Künstlerdienste kennen die Kunst- und Kulturszene vor Ort und sind Teil des Netzwerkes aus Kunstschaffenden einerseits und Kunstinachfragern andererseits. Nicht zuletzt für die vielen weniger bekannten Kreativen und Künstler der Region sind die Verbindungen und Kontakte des Künstlerdienstes eine wichtige Existenzgrundlage.

Ich werde mich in meiner Fraktion dafür einsetzen, dass bei der Bewertung des Konzepts der Bundesagentur für Arbeit zur Umstrukturierung der Aufgaben und Organisation der Künstlersozialdienste den besonderen Gegebenheiten in dieser Berufsgruppe Rechnung getragen wird.

Abgeordnete für 3 Tage – Magdalena Hachula und Gloria Kempe im Deutschen Bundestag

Der Wahlkreis Böblingen war vom 15. bis 17. Oktober mit zwei zusätzlichen Abgeordnete im Deutschen Bundestag vertreten. Die 18-jährige Gloria Kempe aus Holzgerlingen und Magdalena Hachula (20) aus Dagersheim wurden von Clemens Binninger MdB und mir für das Planspiel "Jugend und Parlament" ausgewählt, das jährlich vom Deutschen Bundestag veranstaltet wird.



v.l.n.r.: F. Toncar MdB, G. Kempe, M. Hachula, C. Binninger, MdB

Dabei nehmen die Jugendlichen die Rollen von Abgeordneten ein und beraten fiktive Anträge und Gesetzentwürfe in Fraktionen und Ausschüssen. Höhepunkt ist die abschließende Debatte und Abstimmung im Plenum des Bundestages, zu dem sonst nur die Bundestagsabgeordneten Zutritt haben. Diese Sitzung findet unter der Leitung des Bundestagspräsidenten statt. Ziel des Planspiels ist es, jungen Menschen die parlamentarische Arbeitsweise nicht lediglich zu erklären, sondern diese erlebbar zu machen. Die Teilnehmerinnen reisten voller Begeisterung mit vielen wertvollen neuen Erfahrungen in den Wahlkreis zurück.